

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Postbezug ohne Postgebühren monatlich 5,- M., bei Zustellung unter Schriftband 6,- M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nummern der Postzustellung für 1919 eingetrag. — Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2005 und 2006.

Inhaltslisten der abgehenden Postpartien oder deren Nummern 1,20 III., Wortanzeigen das selbstdruckte Wort 80 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Telegrammzuschlag 50 Proz. Familien- und Vereinstanzungen (Mtl. der Zuschlag 10 Pf.). Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 2 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 2768

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Ein Ultimatum der Bergarbeiter.

Vor dem Generalfreistreit im Ruhrrevier?

Duisburg, 31. Juli.

Die Bergarbeiter der Ruhr sind heute in den Aufstand. Der Grund dafür ist ein Ultimatum der kommunistischen Partei und der Unabhängigen an General Wader und Reichskommissar Severing, worin sie die sofortige Freilassung der in den Hungerstreik getretenen politischen Gefangenen in Westfalen fordern. Dem Ultimatum wurde nicht stattgegeben, worauf der Aufstand erklärt wurde. In den Flugblättern werden die Arbeiter aufgefordert, in den Generalfreistreit zu treten, bis die Forderungen, sofortige Entlassung der Gefangenen in Westfalen, Aufhebung des Belagerungszustandes und Absetzung des Generals Wader, erfüllt sind.

Der Papst veröffentlicht die Dokumente.

Rom, 30. Juli. (Ovad.)

Besüglich der Veröffentlichung von Dokumenten durch Deutschland wurde dem vatikanischen Korrespondenten der Agentur Havas erklärt, daß der Sachverhalt von Deutschland zu einem Verschieben von solch interessanten Dokumenten sei. Es handelte sich keineswegs um von Frankreich und England ausgehende Friedensvorschläge. Bei der kurz gehaltenen Erklärung der Mitteilung des englischen Gesandten an den Kardinal Gasparri handelte es sich vielmehr um das Gegenteil. Er wählte die Gründe auf, welche einen Frieden unmöglich machen, insbesondere jene, die Belgien betreffen. Die vom heiligen Stuhl übermittelten Dokumente werden veröffentlicht. Es wäre dies wahrscheinlich schon geschehen, wenn nicht „Observatore Romano“ infolge des Stillsitzens der Typographen am Geschehen verhindert worden wäre.

Die Verhandlungen zwischen Ungarn und der Entente.

T. U. Wien, 31. Juli.

In den Verhandlungen der Wiener Missionen der Entente mit den Vertretern der ungarischen Regierung ist eine Pause eingetreten. Die ungarischen Unterhändler haben sich zur Berichterstattung an Bela Kun nach Budapest begeben. Im Zusammenhang mit den Verhandlungen der Entente steht auch die Note, die der tschechische Ministerpräsident an Kun gerichtet hat, in der er zur Sicherung des tschechisch-slowakischen Gebiets die Demobilisierung der roten Armees, das Rückweichen in die tschechisch-slowakischen Angelegenheiten und die Nichtunterstützung der slowenischen Republik verlangt.

Vor der Ratifizierung des Vertrages in Belgien.

Paris, 30. Juli.

Zum Obavandlung aus Brüssel schlägt der Kammerauschuss für Außenwärtiges vor, den Friedensvertrag zu ratifizieren.

Zeitverlängerung für Oesterreich.

St. Germain, 30. Juli. (Wiener Corr.-Bureau.)

Auf das Ersuchen des Staatskanzlers Renner, die zur Erhaltung der Gesamtantwort auf die Friedensvorschläge der Entente erzielte Frist zu verlängern, wurde von der Friedenskonferenz ein Aufschub von sieben Tagen bewilligt. Die Frist läuft somit am 6. August, 1 Uhr mittags, ab.

Die italienische Regierung gegen ein Vorgehen gegen die Bolschewiki.

T. U. Mailand, 31. Juli.

Ministerpräsident Ritti erklärte auf eine Interpellation Biancamani in der Kammer, daß die italienische Regierung vollständig davon Abstand nehmen werde, in Rußland gegen die Bolschewiki vorzugehen.

Der Postverkehr mit England und Belgien.

Berlin, 31. Juli.

Nach Großbritannien und Irland sowie nach Belgien werden gewöhnliche offene Briefe und Postkarten auf Gefahr des Absenders zur Befreiung angenommen.

Gebung der verenteten Schiffe.

London, 30. Juli. (Reuter.) Antwerpen.

Kong stellte mit, daß von den in Europa fliegenden Schiffe die meisten deutschen Kriegsschiffe des Reichsflotten „Sachsen“

und Me leichtes Kreuzer „Guden“, „Frankfurt“ und „Kärnberg“ und fünfzehn Zerstörer geborgen wurden. Die Arbeiten zur Bergung von drei weiteren Zerstörern seien im Fortschreiten. Weitere Maßnahmen wegen der übrigen Schiffe seien noch nicht ergriffen worden.

Die Unruhen in Chicago.

Amsterd., 31. Juli.

Nach einer heftigen Meibung auf New York haben die Klassenkämpfe gestern in Chicago heftig fortgedauert; viele Personen wurden getötet. 4000 Mann Militär wurden aufgestellt, um die Ordnung wieder herzustellen. Nach einer Meibung aus Chicago ist die Zahl der Toten bis 30. Juli auf 27 gestiegen, wovon 15 Neger und 12 Weiße. Fast 1000 Personen wurden verwundet, darunter viele tödlich.

Ausländerausweisung aus Amerika.

Washington, 30. Juli. (Reuter.)

Das Repräsentantenhaus hat eine Bill angenommen, in der die Deportation der unerwünschten Ausländer vorgeschrieben und die Regierung ermächtigt wird, die jetzt internierten weiblichen Ausländer nach Hause zu schicken.

Der Städtefest und die Finanzpläne des Reichs.

Unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Bernuth traten die Vorstände des Deutschen und Preussischen Städtefestes im Berliner Rathaus zusammen, um zu den Finanzplänen des Reichs, soweit sie bisher bekannt geworden sind, Stellung zu nehmen. In Würdigung der schweren finanziellen Lage des Reichs billigten die Vorstände beider Städtefestes grundsätzlich die Einführung der Reichseinkommensteuer. Sie beschlossen jedoch, unverzüglich eine Abordnung nach Weimar zu entsenden, welche die Regierung um eine eingehende Vorlegung ihrer finanziellen Pläne ersuchen und bei der Vorberatung gesetzgeberischer Maßnahmen der Nationalversammlung die Interessen der städtischen Selbstverwaltung auf dem Gebiet des Steuerwesens zur Geltung bringen soll, besonders in der Richtung, daß den Städten die Berechtigung zur Erhebung selbständiger Einkommenszuschläge erhalten werde und daß ihnen daneben weitere Einnahmequellen zum eigenen Ausbau überlassen werden.

Eine gefährliche Übung.

Eigene Dazahlmeldung der „Freiheit“.

Torgau, 31. Juli.

Gestern vormittag um 8 Uhr hat die Torgauer Garnison eine Übung veranstaltet, die „Straßenkampf“ genannt wurde. Sie wurde in der Stadt vorgenommen, wobei auch scharf geschossen worden ist. Ein Soldat und eine Frau wurden schwer verwundet, sie blieben kaum mit dem Leben davonkommen.

Der Fall Marx.

Wie der „Neuen Berliner“ aus den Kreisen des Allgemeinen Deutschen Arbeiterverbandes mitgeteilt wird, rechnet man bestimmt damit, daß Marx in den nächsten Tagen aus der Haft entlassen wird, da die Beschuldigungen, unter denen seine Verhaftung erfolgte, sich als unhaltbar erweisen haben. Die Angelegenheit Marx, die bisher von der Staatsanwaltschaft geführt worden war, ist dem Untersuchungsrichter übergeben worden. Im Laufe des heutigen Tages wird nach einer größeren Zahl von Zeugen vernommen werden. Im Ermittlungsverfahren dreht es sich hauptsächlich um die Frage, was Marx in seiner Unterredung mit einem Berichterstatter diesem antwortete, da sowohl Marx wie auch der Berichterstatter die Aussage verweigern, der eine, weil er nicht auszusagen hat, der andere auf Grund seines Berufsgeheimnisses.

Rücktritt des serbischen Kabinetts.

Belgrad, 30. Juli.

Der Ministerrat beschloß gestern die Demission des gesamten Kabinetts.

Die Züricher Sozialdemokraten für die Moskauer Internationale.

Zürich, 30. Juli. (Schweizerische Depeschen-Agentur.)

Die sozialdemokratische Partei der Stadt Zürich beschloß nach einer Diskussion, die drei Abende in Anspruch nahm, mit 897 gegen 5 Stimmen, für den Beitritt zur dritten Internationalen anzutreten.

Eine neue Provokation.

Zur Neuordnung des Berliner Polizeidienstes.

Aus einem Berichte, der dem „Berliner Tageblatt“ von einer zuständigen Stelle zugeht, sowie aus einem Artikel von Oberverwaltungsgerichtsrat Vindennau, einer der leitenden Persönlichkeiten des Berliner Polizeiwesens, im gleichen Blatte, ergibt sich, daß eine völlige Neuordnung des Polizeiwesens auf rein militärischer Grundlage erfolgen soll. Die jetzige Schutzmannschaft, die auf die Hälfte ihres Bestandes reduziert wird, soll nur im Innendienst und in den Funktionen der Gewerbe-, Gesundheits- und Verkehrs-polizei tätig sein, während der eigentliche Außendienst, der Sicherheitsdienst, die „Aufrechterhaltung der Stadtordnung“ von einer rein militärischen aus aktiven Offizieren und Unteroffizieren des Heeres zusammengefaßt, in streng militärisch disziplinären Formen geführten Truppe, Schar- und Polizeimannschaft genannt, bestehen soll. Diese Truppe soll 9—10 000 Mann stark sein, die etwa zur Hälfte bereits vorhanden sind, und von dem früheren Kommandeur des 3. Bordo-Regiments zu Fuß, Oberst Schönstadt, kommandiert werden. Dieser Plan ist, wie Oberverwaltungsgerichtsrat Vindennau berichtet, vom Reichswehrminister Noske ausgegangen, und mit Hilfe eines Stabsoffiziers ausgearbeitet worden, während man dagegen eine Anhörung des Justizministers und vor allem eine Prüfung durch den unmittelbar beteiligten Kreis, nämlich mit der Berliner Stadtverwaltung und der Berliner Bevölkerung nicht für nötig hielt.

Vindennau findet gegen diese ungeheuerliche Regelung vortreffliche Worte, wenn er schreibt:

„Ein beängstigendes Zukunftsbild entrollt sich. Eine Schar heidstruppe von 10 000 Komp- und schützengrabengewohnten jungen Männern erhält die Herrschaft im Berliner Straßenleben — Berufs-soldaten, die von Offizieren gedrillt und geführt, dazu in Kasernen vom zivilen Leben abgeschlossen, jeder Kenntnis der Großstadt, ihrer Bevölkerung, ihrer gesellschaftsfeindlichen Kreise entbehren, von Polizeirecht und Taktik keine Ahnung, von den Grenzen der Polizeigewalt keine Vorstellung haben. . . Wie soll das werden, wenn an Stelle der im Polizeifach herangewachsenen Führer der Schutzmannschaft wieder — wie es vor 50 Jahren Verkommen war! — ein ehemaliger Oberst mit seinem „Café-gierstabe“ dem Polizeipräsidenten zur Seite tritt! . . . Hat man an die Bedürfnisse des Publikums gedacht, dem anstatt des allmählich wirklich zum Schutzmann angeleiteten erfahrener Beamten der junge Unteroffizier, mit Silberstiderei, Widelgamasche und Handgronote als Helfer im großstädtischen Straßenleben angezogen wird, dazu der Leutnant oder Major als Beschwerdebekämpfer.“

Diesen Worten eines genauen Kenners des Berliner Polizeilebens können wir nur voll beistimmen. Es würde tatsächlich das Verhältnis zwischen der Berliner Bevölkerung und der Polizei, das seit dem November viel von seiner früheren Schärfe verloren hatte, mit einem Schläge wieder vernichten und die Polizei von neuem zum erklärten Hauptobjekt der Bevölkerung machen.

In Wirklichkeit sind es natürlich nicht im entferntesten polizeitechnische oder taktische Erwägungen, die diese Regelung veranlaßt haben, sondern der Grund liegt auf rein politischem Gebiete. Der militärischen Nebenregierung erscheint, wie auch Vindennau hervorhebt, die alte Schutzmannschaft, die das Publikum nicht als blohes Gewaltobjekt behandelt, zu „unzuverlässig“. Sie braucht ihr völlig ergebene Kreaturen, die sich ohne Gewissen zu allem gebrauchen lassen. Doch freilich durch derartige Maßnahmen die erregte Stimmung unter der Arbeiterklasse nur noch gesteigert wird, wissen jene Kreise wohl; aber solche Provokationen sind es ja gerade, die sie wünschen, um einen Vorwand für ihre Gewaltmaßnahmen zu haben.

Die inneren Vorgänge, die sich in diesen Tagen in der sogenannten Sicherheitspolizei-truppe Berlin abspielen, geben den besten Beweis dafür, wie systematisch alle „unzuverlässigen“ (dies republikanischen und sozialistischen) Elemente aus dem Polizeidienst entfernt werden sollen. Diese etwa 3000 Mann starke Sicherheits-Polizei-truppe ist zwar aus einer Freiwilligen-Abteilung hervorgegangen, vertritt aber jetzt nur noch Polizeiaufgaben und will in ihrer Abregung mit dem Militärähnliche und mit Kostegarder nichts zu tun haben. Die meisten ihrer Abteilungen pflegen einen streng republikanisch-sozialistischen Geist und wählen ihre Führer — darunter auch aktive Offiziere — selber. Der

